Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 16. Juli 1926
Freitag Morgen

Chefredakteur Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen:
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * DAZ im Bilde

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
16. 7. m Nr. 326 10 Pfennig

Die Zahl der ausländischen Arbeiter

Die Reichsregierung widerlegt Hörsings Behauptungen

Die Reichsregierung veröffentlicht nunmehr — wie wir bereits gestern abend voraussagten — durch W. T. B. eine amtliche Richtigstellung der von dem Reichsbannerführer und Oberpräsidenten Hörsing in tendenziöser Weise falsch angegebenen Ziffern der in Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeiter.

Die Veröffentlichung lautet:

Verschiedene Morgenblätter vom 14. d. Mts. enthalten Ausführungen über die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Deutschland, die dringend einer Berichtigung bedürfen. Sie kommen dabei zu folgendem Ergebnis:

1. Behördlich zugelassene landwirtschaftliche Vollarbeiter mit Legitimation 130 000; 2. in den Ländern ohne Legitimationsverfahren 60 000; 3. in Preußen allein von den Agrariern versteckte Ausländer ohne Legitimation 148 000; 4. Kinder über 10 Jahre, die die Arbeit der Vollarbeiter leisten 390 000; zusammen: 728 000. Behördlich bewilligte ausländische Industriearbeiter 112 000. Summa: 840 000.

Die Zahl der tatsächlich in Deutschland beschäftigten Ausländer wird aber weiter sogar auf 1 Million und darüber beziffert.

Dieses Ergebnis ist zweifellos falsch, richtig ist vielmehr folgendes:

Im Jahre 1925 waren in ganz Deutschland insgesamt 278 600 ausländische Arbeiter zur Beschäftigung zugelassen oder im Besitze eines Befreiungsscheines. Davon entfielen auf die Landwirtschaft 148 600, auf die Industrie 130 000. In diesen Zahlen sind einbegriffen auch die Arbeiter in Ländern, die das Legitimationsverfahren nicht kennen, da die Einstellung und Beschäftigung ausländischer Arbeiter im ganzen Deutschen Reich der behördlichen Genehmigung bedarf.

Die in der Zusammenstellung unter Ziffer 2 angeführten 60 000 landwirtschaftlichen Arbeiter sind daher bereits in der Ziffer 1 enthalten. In der Zusammenstellung sind weiter unter Ziffer 3 148 000 Ausländer aufgeführt, die angeblich in Preußen ohne behördliche Genehmigung arbeiten. Es mag zutreffen, daß sich im Deutschen Reich ausländische Arbeiter befinden, die sich bisher der polizeilichen Kontrolle entzogen haben. Ihre Zahl ist aber nur gering und wird dadurch aufgewogen, daß von der behördlichen Zulassung nicht in vollem Umfange Gebrauch gemacht wird. Die Zusammenstellung erhöht weiter in Ziffer 4 die Zahl der ausländischen Arbeiter um 390 000 Kinder über 10 Jahren. Es widerspricht der Uebung, Kinder unter 14 Jahren als Vollarbeiter zu rechnen. Die Zahl der Kinder beträgt im übrigen weit weniger. Eine in Preußen im Januar d. Js. vorgenommene landwirtschaftliche Betriebskontrolle hat ergeben, daß auf etwa zwei Arbeiter über 14 Jahren ein Kind unter 14 Jahren kommt. Dabei hat diese Kontrolle gerade die kinderreichen ausländischen Landarbeiterfamilien erfaßt, die über den Winter in Deutschland geblieben sind. Die landwirtschaftlichen Arbeiter, die im Frühjahr d. J. als Wanderarbeiter nach Deutschland gekommen sind, haben keine Kinder mitgebracht. Das Verhältnis der landwirtschaftlichen Wanderarbeiter über 14 Jahren zu den Kindern unter 14 Jahren ist infolgedessen zurzeit etwa so, daß auf 3—4 Erwachsene ein Kind kommt. Hervorzuheben ist noch, daß die oben erwähnte Zahl von 130 000 ausländischen Industriearbeitern etwa zu 70 Prozent aus Deutschstämmigen besteht, die nur bedingt als Ausländer anzusehen sind und vornehmlich für die Erteilung von Befreiungsscheinen in Betracht kommen.

Alles in allem ist somit festzustellen, daß die Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeiter in Deutschland die Höhe von 278 000 tatsächlich nicht überschreitet, vielmehr kaum erreicht. Auch diese Ziffer ist allerdings höher als der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes entspricht. Aber Reich und Länder sind bemüht, eine wesentliche Senkung dieser Zahl herbeizuführen.

Graf Lerchenfeld zum Gesandten in Wien ernannt

W. T. B. meldet: Der frühere bayerische Ministerpräsident Dr. Hugo Graf v. Lerchenfeld ist zum Gesandten des Deutschen Reiches in Wien ernant worden.

Graf Lerchenfeld

Sir Ronald Lindsay zum Botschafter in Berlin ernannt

sx. **London**, 15. 7. (Eigenbericht)

Die deutsche Regierung hat das Agrément zu der Ernennung Sir Ronald Lindsays zum Botschafter in Berlin erteilt. Ueber den Termin des Botschafterwechsels ist noch nichts bekannt, da Sir Ronald voraussichtlich erst einen Urlaub antreten wird.

London, 15. 7. Der englische Botschafter in Konstantinopel Sir Ronald Lindsay ist zum Botschafter in Berlin ernannt worden, und der englische Gesandte in Prag Sir George Russell Clerk zum Botschafter in Konstantinopel.

Frankreich als islamische Schutzmacht

Erklärung des Staatspräsidenten und des Sultans von Marokko

a. **Paris**, 15. 7. (Eigenbericht)*

In der großen, auf die ganze mohammedanische Welt berechneten Propagandaaktion, die sich mit dem Pariser Besuche des Sultans von Marokko verbindet, wurde heute ein weiterer Programmpunkt erledigt: die Einweihung einer neuerrichteten Moschee. Die Feierlichkeit ist wiederum mit allem offiziellen Pomp durchgeführt worden in Gegenwart des Präsidenten Doumergue, zahlreicher französischer Persönlichkeiten und einer großen Menge mohammedanischer Priester und Notabeln, die gegenwärtig nicht nur aus Marokko, sondern auch aus den anderen nordafrikanischen Besitzungen Frankreichs in Paris weilen. Der Sultan hielt eine Ansprache, in der er die zwischen Frankreich und den islamischen Völkern bestehende Freundschaft feierte; Präsident Doumergue erwiderte in gleichem Sinne mit einer sehr geschickten, auf die Wirkung berechneten Propagandarede, in der sich der charakteristische Satz befindet: daß die Entwicklung der Geschichte den Islam unter den Schutz Frankreichs gestellt habe.

In der Tat geht die Tendenz dieser ganzen Propagandaaktion dahin, nicht nur die französische Herrschaft über Marokko zu betonen, sondern darüber hinaus Frankreich als Schutzmacht des gesamten Islam erscheinen zu lassen. In diesem Zusammenhang ist nicht ohne Interesse, daß sich der Sultan in seiner heutigen Rede als „Beherrscher der Gläubigen" bezeichnete.

Auch einige andere Wendungen legen die Vermutung nahe, daß die Frage des Kalifats bei dieser ganzen Aktion der französischen Orientpolitik eine Rolle spielt. Man darf gespannt sein, was die englischen Freunde zu alle dem sagen werden.

Unter dem Gesichtspunkt der französischen Innenpolitik ergibt sich aus der heutigen Zeremonie die pikante Tatsache, daß die Dritte Republik, die gegenüber der Katholischen Kirche bekanntlich die strengste Trennung durchgeführt hat und grundsätzlich jede Unterstützung eines Kultus ablehnt, hier auf Staatskosten ein mohammedanisches Gotteshaus erbauen ließ, das von den höchsten Vertretern des Staates seiner Bestimmung übergeben wurde. Die hohe Politik nötigt offenbar manchmal zu solchen seltsamen Widersprüchen.

Die Moschee ist ein großes und recht imposantes Gebäude in einem etwas modernisierten maurischen Stil, der nicht immer sehr glückliche Wirkungen erzielt. Insbesondere das Minarett macht einen etwas plumpen Eindruck. Neben dem eigentlichen Gotteshaus befinden sich mehrere Nebengebäude, in denen Lesezimmer, Versammlungssäle, ein Dampfbad, ein arabisches Café und Restaurant untergebracht sind. Das ganze ist von einer großen Gartenanlage umgeben und wird den offiziellen Titel „Mohammedanisches Institut" tragen.

Sparbeschlüsse des Kabinettsrats

a. **Paris**, 15. 7. (Eigenbericht)

Der Kabinettsrat, der heute abend stattfand, hat nach Erklärungen Caillaux' über die Finanzlage beschlossen, daß

1. keine Beamtenneueinstellungen mehr erfolgen sollen;
2. keine Bauten ausgeführt werden sollen, und selbst auch die, die bereits im Budget vorgesehen sind, vorläufig aufgeschoben werden sollen;
3. die Beamtenzahl der Zentralverwaltung auf die Zahl von 1914 zurückgebracht werden soll;
4. der Einfuhrkonsum beschränkt werden soll, nachdem die Regierung die hierzu notwendigen Vollmachten vom Parlament erhalten haben wird.

Caillaux wird seine neuen Vorschläge morgen der Finanzkommission unterbreiten. Entgegen ihrer ursprünglichen Absicht, wonach das Ermächtigungsgesetz nur aus einem Artikel bestehen sollte, in dem die verlangten Vollmachten bewilligt wurden, scheint sich die Regierung nun entschlossen zu haben, noch einen zweiten Artikel beizufügen, wonach die auf Grund dieser Vollmacht getroffenen Maßnahmen innerhalb von sechs Monaten der Zustimmung des Parlaments unterbreitet werden müssen. Das Kabinett hofft offenbar, auf diese Weise den zu erwartenden Widerstand der Kammer mildern zu können.

Die Finanzkommission soll entschlossen sein, die Beratung mit größter Beschleunigung durchzuführen. Die gleiche Tendenz besteht zweifellos auch bei Kammer und Regierung. Man ist auf allen Seiten allmählich doch des Kampfes etwas müde geworden.

Die Kammer, die programmgemäß bereits am 14. Juli in die Ferien gehen sollte, hat den begreiflichen Wunsch, nach Hause zu kommen, besonders, da in Paris eine Tropenhitze eingetreten ist. Die Regierung ihrerseits und besonders Herr Caillaux, werden diesem Wunsch sicherlich kein Hindernis in den Weg legen, um sich endlich ungestört der praktischen Arbeit widmen zu können. Man hofft, daß in den nächsten Wochen alles zum Abschluß gebracht sein wird; aber es bleibt vorläufig abzuwarten, ob sich die Dinge in Wirklichkeit so glatt entwickeln werden.

Die Regierung rechnet für ihren Erfolg in der Kammer besonders auf den guten Eindruck des Londoner Abkommens, aber die entscheidende Bedeutung dieses Abkommens liegt bekanntlich in der Wirkung, die es auf die Haltung der Vereinigten Staaten hervorrufen wird, und in dieser Hinsicht lauten die vorliegenden Nachrichten keineswegs sehr hoffnungsvoll. Die Verhandlungen in Washington dauern vorläufig noch an; sollte die amerikanische Regierung es endgültig ablehnen, die gleichen Zugeständnisse zu machen wie London, so ist nicht ausgeschlossen, daß die Debatte über die Schuldenfrage bis zum Wiederzusammentritt der Kammer im Oktober vertagt wird.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Das türkische Messeschiff in Hamburg

Eine Rede des türkischen Botschafters

mk. **Hamburg**, 15. 7. (Eigenbericht)

Auf dem seit gestern abend im Hamburger Hafen liegenden türkischen Messeschiff „Kara Deniz" fand heute morgen die Ausstellungseröffnung in Gegenwart des türkischen Botschafters in Berlin, Exzellenz Kemaleddin Sami Pascha und des Landschaftsministers Sabri Bei statt. Der Präsident der Ausstellung hieß die geladenen Gäste auf türkischem Boden willkommen. Als Vertreter der Reichsregierung war Freiherr v. Richthofen und vom Hamburger Senat Bürgermeister Dr. Petersen erschienen.* In geschmackvoller Uebersicht gibt diese schwimmende Messe ein anschauliches Bild von dem Wesen und der Arbeit der heutigen Türkei, angefangen vom Tabak bis zu den Erzeugnissen des türkischen Handwerks.

Der türkische Konsul Koopmann aus Hannover, der an der Ausstellungseröffnung teilnahm, erlitt während eines Rundganges durch die Messe einen Hitzschlag und war sofort tot.

Im Hamburger Rathaus fand ein Frühstück statt. Bürgermeister Dr. Petersen begrüßte die Gäste und hob in seiner weiteren Rede die besonders freundschaftliche Verbundenheit beider Länder hervor. Er wies u. a. auf das Tropenhygienische Institut in Hamburg hin, an dem ständig eine Anzahl türkischer Aerzte arbeiten. Mit einem Hoch auf den Präsidenten der türkischen Republik und auf das türkische Volk schloß Bürgermeister Petersen seine Rede.

Auf die Rede des Bürgermeisters erwiderte der türkische Botschafter in Berlin, Exzellenz Kemaleddin Sami Pascha, mit herzlichen Worten des Dankes für die Aufnahme des Schiffes und die Einladung des Senats. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei hätten gerade in den Jahren vor dem Kriege eine starke Belebung gefunden, die dann dazu geführt habe, daß beide Länder im Weltkriege Schulter an Schulter standen zur Verteidigung ihrer Freiheit. Durch den unglücklichen Ausgang des Krieges und den Druck der Entente, der auf beiden Völkern gelegen habe, sei der Wirtschaftsverkehr zwischen Deutschland und der Türkei zwar vorübergehend **gehemmt worden, aber gerade in letzter Zeit habe er wieder in erfreulicher Weise zugenommen. Er habe die Hoffnung, daß beide Nationen in Zukunft** noch enger zusammenarbeiten würden als bisher.

Deutschland, das seine Kolonien verloren habe, brauche neue Absatzgebiete für seine Industrieerzeugnisse, wie die Türkei für ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse auch des deutschen Marktes bedürfe. Dank der Initiative der türkischen Regierung, die ihre Hauptaufgabe in der Förderung und Stärkung des Bauernstandes erblickt, sei die agrarische Produktion der Türkei heute bereits höher als vor dem Kriege.

Die Türkei würde noch auf Jahrzehnte hinaus Agrarstaat bleiben und ihre Industrie nur soweit fördern, als sie bodenständig sei. Beide Staaten ergänzten sich deshalb in wirtschaftlicher Hinsicht auf das beste. Die Deutschen hätten dem türkischen Volke schon bisher wertvolle Dienste geleistet, und er sei überzeugt, daß ohne die deutsche Mitarbeit auf allen Gebieten die Türkei nicht zu dem Ziele gelange, das sie sich gesteckt habe. Er erhoffe von dem Besuch des türkischen Messeschiffs im Hamburger Hafen eine weitere Belebung und Vertiefung der deutsch-türkischen Beziehungen zum Wohle beider Völker. Der türkische Botschafter schloß mit einem Hoch auf den Reichspräsidenten, die Freie und Hansestadt Hamburg und das deutsche Volk.

Zusammenbruch von 49 Banken im Staate Georgia

New York, 15. 7. (Sonderdienst der DAZ)

In Georgia stellten gestern 41 kleinere Banken ihre Zahlungen ein, womit die Gesamtzahl der Banken, die ihre Türen geschlossen haben, auf 49 gestiegen ist.

sx. **London**, 15. 7. (Eigenbericht)

Zu der Schließung von 49 Banken in Georgia läßt die Bankers Trust Company of New York durch ihre Londoner Filiale erklären, daß sie nichts mit der unter Konkursverwaltung gestellten Bankers Trust Company of Atlanta zu tun habe.

Amundsen in Oslo

Oslo, 15. 7. (Sonderdienst der DAZ)

Amundsen und ein Teil seiner Begleitmannschaft trafen heute nachmittag um 3,30 Uhr bei prächtigem Sommerwetter hier ein. Sie landeten an der Ehrenbrücke und wurden vom Präsidenten des Stadtrats und vom Präsidenten des Storthing offiziell begrüßt. Amundsen dankte in kurzen Worten für den Empfang. Er fuhr dann mit seinen Begleitern im offenen Wagen, von dicht gedrängten Menschenmassen enthusiastisch begrüßt, zum Palast, wo er vom König empfangen wurde.

Abkommen mit der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion

Aachen, 15. 7. Die nach kurzer Unterbrechung in Aachen am 12. Juli wieder aufgenommenen deutsch-belgisch-luxemburgischen Grenzverhandlungen sind heute durch den Abschluß eines Abkommens über sachliche Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr zwischen Deutschland und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion beendet worden. Das Abkommen ist heute nachmittag in der hiesigen Regierung durch die beiderseitigen Delegationsleiter unterzeichnet worden. Da das Abkommen noch der Zustimmung der beiderseitigen Parlamente bedarf, wird es kaum vor Ende dieses Jahres in Kraft treten.

W. T. B. meldet: Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei sind in Berlin begonnen worden.

kbg. **Wien**, 15. 7. (Eigenbericht)

Wien stand heute im Zeichen des Deutschen Turnerfestes. Den ganzen Tag über sind immer neue Gäste eingetroffen, denen ein überaus herzlicher Empfang bereitet wurde. Abends fand auf dem Heldenplatz vor der Wiener Hofburg ein Fackelzug statt.

Kabinettsumbildung in Rumänien

Das Parlament vertagt sich bis 15. Oktober

x. **Bukarest**, 15. 7. (Eigenbericht)

Kurz vor Schluß der außerordentlichen Parlamentstagung ist die seit langem erwartete „kleine" Kabinettsumbildung Tatsache geworden. Man kann Averescu den Beifall nicht versagen, sie mit viel Klugheit durchgeführt zu haben. Indem er das durch die Erwählung Reguleseus zum Kammerpräsidenten freigewordene Ressort des Unterrichtsministers zuerst interimistisch selbst übernahm, das des Handelsministers (General Coanda übernahm das Senatspräsidium) durch Mitilinen versehen ließ, hat er ohne Erschütterung und ohne jeden Lärm die Ressorts in die Hände derer übergeleitet, für die sie bestimmt waren. Es wurden:

Jon Petrovici, Unterrichtsminister;
Constantin Meißner, Minister für öffentliche Arbeiten;
Staatssekretär Berlescu, Handelsminister:

Es ist bemerkenswert, daß Petrovici und Meißner der früheren konservativen Partei angehören; der letztere spielte in der bekannten „Junimea-Bewegung" in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts eine Rolle und gehörte bis zuletzt zu den vertrautesten Freunden Marghilomans.

Das Parlament wird heute bis zum 15. Oktober in die Ferien gehen.

Averescu beginnt seine den Bessarabiern gegebenen Versprechungen einzulösen. An Stelle des bisherigen Militärkommandanten wurde als Zivilgouverneur für Bessarabien mit weitgehenden Vollmachten General a. D. Rascanu ernannt. Obwohl man in Bessarabien Veränderungen in der Leitung im allgemeinen ungern sieht (Sprichwort: „Es kommt immer was Schlimmeres nach!"), wird die Ernennung Rascanus doch mit Hoffnungen begrüßt.

Großfeuer in Ploësti

x. **Bukarest**, 15. 7. (Eigenbericht.)

In Ploësti brach infolge der Unvorsichtigkeit eines Heizers in der graphischen Kunstanstalt „Progresul" (Fortschritt) ein Großfeuer von unerhörter Heftigkeit aus, das die ganze Stadt mit Vernichtung bedrohte. Den vereinten Anstrengungen der Feuerwehr und des Militärs gelang es, das Feuer nach mehrstündiger Arbeit einzudämmen. Der Schaden beträgt über 100 Millionen Lei (2 Millionen Mark).

Adelaide, 15. 7. (Sonderdienst der DAZ) Das Parlament wurde heute Nachmittag mit einer Rede des Gouverneurs eröffnet.

fr. **Mailand**, 15. 7. (Eigenbericht) Unter Führung der italienisch-albanischen Bank ist ein Konsortium italienischer Kapitalisten in Bildung begriffen, das sich den Ausbau des Hafens von Durazzo zur Aufgabe stellt.

Ein Schlag gegen die „Deutsche Rundschau" in Bromberg

Warschau, 15. 7.

Vor geraumer Zeit hat das Liquidationsamt in Posen die Bromberger Firma Dittman liquidiert. Es handelte sich um einen Schlag gegen die „Deutsche Rundschau", die von dieser Firma herausgegeben wird und die es sich zur Aufgabe gemacht hat, unerschrocken die kulturellen Rechte der Deutschen in Polen zu wahren. Sämtliche Mitglieder der Firma sind im Besitze des polnischen Staatsbürgerrechts, so daß es unerfindlich war, mit welcher Begründung die Liquidation erfolgen sollte. Das Posener Liquidationsamt wußte als einzigen Grund den anzugeben, daß eine verstorbene Mitinhaberin der Firma die polnische Staatsangehörigkeit nicht besessen habe. Dieser Grund ist durchaus hinfällig und widerspricht den Bestimmungen der Wiener Konvention. Die Firma Dittman hat gegen den Liquidationsbeschluß Einspruch erhoben. Dieser Einspruch ist jedoch vom Posener Liquidationsamt abgelehnt worden, wobei wiederum als Begründung angeführt wurde, daß eine verstorbene Mitinhaberin der Firma nicht Polen gewesen sei. Die Firma Dittman hat nun Klage beim Oberverwaltungsgericht in Warschau erhoben.

Deutsche Note an Polen

W. T. B. meldet: Die polnische Regierung hatte durch ein Gesetz vom 14. Juli 1920 alle nach dem Waffenstillstand geschlossenen Verträge über das durch Art. 256 des Versailler Vertrages ihr zugesprochene deutsche Reichs- und Staatseigentum für nichtig erklärt und auch den aus älterer Zeit stammenden Pachtverträgen über Staatsgrundstücke die Anerkennung verweigert. Auf Grund dieser Vorschriften hat sie 4036 Ansiedlungsgüter, die nach dem 11. November 1918 von der Preußischen Ansiedlungskommission an deutsche Ansiedler aufgelassen worden waren, als polnisches Staatseigentum behandelt und 219 Domänenpächter unter Beschlagnahme ihres gesamten Inventars ohne Entschädigung vertrieben. Ebenso hat sie den Verträgen, wodurch die Ansiedlungskommission alle ihre Rentenrechte an Gütern im abgetretenen Gebiet (u. a. auch das Wiederkaufsrecht) der Danziger Bauernbank übertragen hatte, die Anerkennung verweigert.

In seinem am 25. Mai 1926 verkündeten Urteil, in dem die Beschlagnahme des Stickstoffwerks in Chorzow, Ostoberschlesien, für unzulässig erklärt wird, hat nun der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag Grundsätze aufgestellt, die nach deutscher Auffassung die Aufrechterhaltung des polnischen Standpunktes sowohl hinsichtlich des Eigentums der Ansiedler und Domänenpächter wie hinsichtlich der Rentenrechte unmöglich machen.

In einer dieser Tage durch die Deutsche Gesandtschaft in Warschau übersandten Note ist der polnischen Regierung jetzt vorgeschlagen worden, über die Auswirkungen des Urteils baldigst in diplomatische Verhandlungen einzutreten sowie mit diesen Verhandlungen die Klärung der übrigen Meinungsverschiedenheiten zu verbinden, die über die Auslegung des Artikels 256 des Versailler Vertrages entstanden sind.

Programm der britischen Reichskonferenz

Erklärung des Premierministers im Unterhaus

sx. **London**, 15. 7. (Eigenbericht)

Im Unterhaus teilte Baldwin mit, daß die Eröffnung der Reichskonferenz auf den 5. Oktober festgesetzt ist. Ihr Arbeitsprogramm enthält eine allgemeine Uebersicht über Außenpolitik und Reichsverteidigung, ferner soll die Konferenz die Entwicklung eines Systems erörtern, betreffend die gegenseitige Unterrichtung und Beratung zwischen den Regierungen des Reiches über gemeinsame Angelegenheiten. Außerdem stehen auf dem Programm die folgenden ökonomischen Punkte:

1. Ueberseeische Siedlung;
2. allgemeine Besprechung über den gegenwärtigen und zukünftigen Handel zwischen den einzelnen Teilen des Reiches, Diskussion über die Arbeiten des Imperial Economic Committee und die Stellung des Empire Marketing Board;
3. Luftdienst und Reichsschiffahrtsamt;
4. Vorführung von britischen Filmen im Reich;
5. Einvernehmen über die Besteuerung staatlicher Unternehmen.

Das größte Interesse findet natürlich der Verfassungskonflikt in Kanada. Auf eine Anfrage über die Vollmacht des Generalgouverneurs, die Parlamente in den Dominien aufzulösen, erklärte Baldwin, daß ihm keine Mitteilung zugegangen sei, wonach die Erörterung dieser Frage gewünscht würde. Da Kanada bis zu diesem Termin eventl. seine Neuwahlen noch nicht durchgeführt hat, kann der interessante Fall eintreten, daß Kanada auf der Reichskonferenz durch eine Regierung vertreten wird, der das Parlament das Vertrauen entzogen hat.

Die Verhandlungen mit den Bergarbeitern

sx. **London**, 15. 7. (Eigenbericht)

Der Generalrat des Gewerkschaftskongresses eröffnete heute seine offizielle Vermittlungsaktion. Auf seine Einladung war die gesamte Bergarbeiterexekutive zu einer Sitzung erschienen, die mehrere Stunden dauerte. Der Generalrat legte Kompromißvorschläge vor, über die eine allgemeine Delegiertenversammlung der Bergarbeiter abstimmen soll.

Der gestern von den Bischöfen gemachte Vorschlag hat wenig Aussicht, da er die Erneuerung der Subsidie für 4 Monate bedeuten würde. Der Vorschlag ging dahin, daß unter den alten Bedingungen 4 Monate weiter gearbeitet wird. Während dieser 4 Monate soll der Versuch zu einer endgültigen Einigung gemacht werden. Wenn dieser Versuch fehlschlägt, soll ein unabhängiger Schiedsrichter entscheiden. Dieser Vorschlag würde für den Staat eine Ausgabe von 10 Millionen Pfund bedeuten, während Baldwin sich im Unterhause darauf festgelegt hat, nicht mehr als die drei Millionen Pfund zu zahlen, die er nach dem Abbruch des Generalstreiks angeboten hat. Der Vizepräsident des Unternehmerverbandes, der schottische Koksindustrielle Sir Adam Nimmo, erklärte, daß die Forderungen der Bergarbeiter nicht erfüllt werden könnten „und wenn der Streik sechs Monate dauert".

Letzter Sport-Bericht

Stockholm, 15. 7. (Sonderdienst der DAZ)

Im Tennisturnier um den Davis-Pokal schlugen im Herrendoppelspiel die Franzosen Borotra und Brugnon die Schweden Malmstroem und Wallenberg leicht mit 6 : 4, 6 : 1, 6 : 1.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Geldmarkt

Devisenkurse von 4 Uhr nachmittags

	15. 7.	14. 7.		15. 7.	14. 7.
Tägl. Geld...	4½ %	4½ %	Lond. 60 T.	4,81 11/16	4,81⅞
Bankakzepte (90 Tage) G	3⅛	3⅛	Paris	2,46,50	2,55,00
do. do. B	3⅛	3⅛	Brüssel ...	2,31,00	2,36,00
Pa. Handelsw. niedr. Kurs	3⅛	3⅛	Amsterd. .	40,19	40,17
			Zürich	19,37	19,37
			Oslo	21,90	21,92
do. höchster	4 %	4 %	Kopenh. ..	26,50	26,51
Berlin	23,80—23,82	23,80—23,82	Prag	2,96⅛	2,96⅛
„ bez. ..	—.—	—.—	Rom	3,38⅛	3,41⅛
London			Madrid ...	15,80	15,88
Kabel Tr. .	4,86 1/16	4,86 7/16	Silber ...	65⅛	65⅛

New Yorker Börse

	15. 7.	14. 7.		15. 7.	14. 7.
4% St. Louis Prior.	83¼	83	6½ Berl. Stadt 25 .	92⅞	92⅛
6% do.cum.Mrt.Bd.	97	97½	7 Bremer Anleihe .	98¼	98⅛
Baltimore shares .	97⅞	97⅛	6½ Köln v. 1925 ..	—	92
Canad. Pacific ..	164⅛	165⅛	7 Münch. v. 1925 .	—	—
Chesapeake Ohio .	141	142⅛	7 Dt.Kom. Verb. 47	97⅛	97⅛
Chic. Milwauk. ...	10⅛	11	7 Rentenbk. Kredit	100⅛	100
Erie	35⅛	35⅛	7 Oest. Völkerbd. .	102⅛	102⅞
Missouri Pac.preff.	92⅛	90⅛	7 Franz. Gold 49 ..	90⅛	90⅛
Pennsylvania	54⅛	54⅛	5 Mex. Ausl. v. 99	44⅛	45⅛
Reading	96⅛	97⅛	4 Mex. Gold v. 04 .	—	—
Southern Pacific .	107	107	8 Poln. Ausl. 50 ..	86⅛	86
Union Pacific ...	153⅛	154⅛	6½ A. E. G. 1945 .	107⅛	108⅛
American Can ...	55⅛	56	6½ Elektrowerke50	92⅛	92⅛
Anaconda	49⅛	49⅛	7 Fried. Krupp 29 .	97⅛	—
Bethl. Steels	45⅛	46	7% Rh.-Elbe-Union	104⅛	104⅛
General Electric ..	351	355	7 Rh. W. El. 1950	99⅛	99
General Motors ..	158⅛	159⅛	7½ Leonh. Tietz ..	99	98⅛
Intern. Harvester .	127⅛	126⅛	7 Sächs. Wke. 45 .	99⅛	99⅛
Standard Oil N.J. .	43⅛	43⅛	7 Siem. u. H. 1928	99⅛	99⅛
Studebaker	54⅛	55⅛	7 Aug. Thyssen ..	102	101⅛
U. S. Steel Corp. .	140⅛	141⅛	6½ Ver.Stahlw.A.G.	96⅛	96⅛
7% Rep.DawesAnl.	104⅛	104⅛			

New York, Produktenmarkt

	15. 7.	14. 7.		15. 7.	14. 7.
Kaffee Santos l..	22⅛	22⅛	Weissblech	5,50	5,50
„ Rio loko .	19 13/16	19⅛	Bessemer Stahl .	35,50	35,50
„ Juli	18,53	18,30	Schmalz West. ..	16,85	16,90
„ Septbr. ..	17,56	17,32	Talg	9⅛	9⅛
„ Dezbr. ..	16,76	16,58	Bw. Saatöl loko .	15,00	15,00
„ März ...	16,19	16,00	„ Sept.	14,40	14,44
„ Mai	15,80	15,60	Petroleum Cases	18,90	18,90
Baumwolle loco .	18,55	18,55	„ Tanks ..	8,50	8,50
„ August ..	17,80	17,90	„ Stand wh.	15,50	15,50
„ Septbr. ..	17,43	17,39	Pennsylv. Rohöl	3,40	3,40
„ Oktober .	17,30	17,33	Zucker Juli	2,29	2,31
„ Dezbr. ..	17,32	17,31	„ Septbr. ..	2,37	2,38
Zufuhr	5 000	7 000	„ Dezbr. ..	2,55	2,56
Kupfer elektr. ..	14,12½	14,12½	Kautsch. crepe .	40⅛	40⅛
Zinn	63,25	63,25	„ sheet .	40⅛	40⅛
Blei	8,50	8,50	Terpentin	88	87⅛
Zink	7,52	7,57	„ Savannah	80	80
Eisen	19,35	19,35	Baumw. N. Orl. .	18,20	18,07

	15. 7.	14. 7.		15. 7.	14. 7.
Weizen, rot	157⅛	158	Mehl, Sp. ...	7,50—8,00	7,50—8,00
Hartwinter .	162⅛	164⅛	Getrfr. Engl. ..	2/0—2/3 sh	2/0—2/3 sh
Mais	94	92	Kontinent	10—12 cts.	10—12 cts.

Chicago, Produktenmarkt

	15. 7.	14. 7.		15. 7.	14. 7.
Weizen Juli..	143⅛	144⅛	Schmalz Oktober ..	16,30	16,42½
„ Sept. .	142⅛	143	Rippen Juli	17,35	17,25
Mais Juli..	76⅛	74⅛	Speck	18,00	18,00
„ Sept. .	82⅛	80⅛	Leichte Schweine niedr.	14,00	14,00
Hafer Juli..	38⅛	38⅛	Leichte Schweine höchst.	14,70	14,60
„ Sept. .	41	40⅛	Schwere Schweine niedr.	13,00	12,90
Roggen Juli	104	104	Schwere Schweine höchst.	14,05	13,90
„ Sept. .	106⅛	107⅛	Zufuhr Chicago ...	20 000	11 000
Schmalz Sept.	16,30	16,42½	Zufuhr Westen ...	86 000	89 000

Das französisch-englische Schuldenabkommen

Der französische Finanzminister Caillaux befand sich, als er die Verhandlungen über die Fundierung der französischen Schuld an England wieder aufnahm, auf vertrautem Boden. Denn schon während seiner früheren ministeriellen Tätigkeit hatte er mit Churchill eine eingehende Aussprache über die Schuldenregulierung gehabt, ohne indessen zu einem Abschluß gekommen zu sein.

Churchill hat vor dem Unterhaus am 24. März Aufschluß über das Ergebnis jener Verhandlungen gegeben. Man war übereingekommen, daß Frankreich für 62 Jahre eine Annuität von 12½ Mill. Pfund zahlen solle. In vier Punkten aber war es zu einer Uebereinstimmung nicht gekommen. Erstens hatte Caillaux verlangt, daß die französischen Zahlungen abhängig zu machen seien von der stabilen Haltung des französischen Wechselkurses (Transferklausel). eine Sicherung, die auch in dem Schuldenabkommen zwischen England und Amerika und zwischen England und Italien enthalten ist. Prinzipiell war England bereit, eine solche Klausel auch in das Abkommen mit Frankreich hinüberzunehmen, doch hatte man keine Uebereinstimmung über die Einzelheiten erreicht. Zweitens sollte die Annuität von 12½ Mill. Pfund erst 1930 erreicht werden. Bis dahin sollte sie im Laufe einer Schonungsfrist, wie sie ja auch bei anderen Abkommen eine Rolle spielt, allmählich ansteigen. Ueber diese Skala hatte England damals den Franzosen schon bestimmte Vorschläge gemacht, über die es zu einer Einigung aber nicht gekommen war. Vorgesehen war jedenfalls, daß derjenige Betrag, der in den ersten Jahren an 12½ Mill. Pfund fehlen würde, in den nächsten Jahren darauf geschlagen werden sollte. Drittens sollten nach Caillaux' Willen (ein altes Axiom der französischen Politik) die französischen Verpflichtungen von den Zahlungen Deutschlands abhängig gemacht werden, während England diesen Anspruch ablehnte. Schließlich forderte England, daß die französischen Zahlungen sich automatisch erhöhen würden, falls in den damals vor der Tür stehenden Verhandlungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten den Franzosen schwerere Auflagen gemacht werden würden, als das Abkommen mit England vorsah. In jener Unterhausrede hatte Churchill erklärt, daß England auch weiterhin zu seinem Angebot stände, und daß er die Gelegenheit zu benutzen wünsche, darauf hinzuweisen, daß durch die Zinsen die französische Schuld sich um jährlich ungefähr 30 Mill. Pfund erhöhe, die Lage deshalb ernste und wachsende Schwierigkeiten biete. Auch Caillaux hat in seiner großen Stabilisierungsrede vom 7. Juli es sich nicht entgehen lassen, auf das Anwachsen der französischen Schuld dank der gestundeten Zinszahlung hinzuweisen.

Der französische Finanzminister Péret scheint die Absicht gehabt zu haben, die durch die Verhandlungen mit Churchill und Caillaux gelegte Basis ganz erheblich zu modifizieren. In einem Interview, das er dem Pariser Vertreter der „Financial Times" seinerzeit gab, erklärte er, daß kein französischer Staatsman seinem Parlament einen Vertrag vorlegen könne, der nicht die französischen Zahlungsversprechen mit den Eingängen aus dem Dawes-Plan verklausuliere. Frankreich sei bereit, unter dieser Bedingung seine ganzen Dawes-Einkünfte zur Bezahlung seiner Schulden zu benutzen. Von der früheren Absprache über eine Zahlung von jährlich 12½ Mill. Pfund rückte Péret ab, indem er ausführte, er sei nicht davon überzeugt, daß man sich seinerzeit über diese Summe definitiv geeinigt habe. Er verlangte die Festsetzung einer niedrigeren Summe, jedenfalls sei das Angebot von 12½ Mill. Pfund abhängig davon, daß England Klauseln über die französische Zahlungsfähigkeit und das Transfer akzeptiere. Ein Moratorium von fünf Jahren sei nötig. Pérets Verhandlungen mit Churchill haben lediglich zu dem Ergebnis geführt, daß Frankreich für 1926/27 eine Zahlung von 4 Mill. Pfund versprach.

Jedenfalls sind die Ergebnisse der ersten Verhandlung Churchill-Caillaux die Grundlage auch für die zweiten Verhandlungen geworden mit der einen eben erwähnten Maßgabe, daß sich unterdessen Frankreich bereit erklärt hatte, im Finanzjahr 1926/27 eine Summe von 4 Mill. Pfund zu zahlen. Es sind nunmehr folgende Annuitäten vereinbart: Für das Finanzjahr

1926/27 . . . . 4 Mill. Pfund,
1927/28 . . . . 6 Mill. Pfund,
1928/29 . . . . 8 Mill. Pfund,
1929/30 . . . . 10 Mill. Pfund,

für die Jahre

1930/31 bis 1956/57 je 12½ Mill. Pfund,
1957 bis 1987/88 je 14 Mill. Pfund.

Der Gesamtbetrag der Schuld wurde auf 653,1279 Mill. Pfund festgesetzt. Bei den ersten Verhandlungen mit Caillaux war er auf 647,1057 Mill. Pfund errechnet worden.

Es ist nicht zu übersehen, wieweit es Caillaux gelungen ist, bei den Annuitäten bessere Bedingungen herauszuschlagen als während seiner früheren Verhandlungen, denn die von England seinerzeit vorgeschlagene Staffelung ist nicht bekannt und infolgedessen ein Vergleich mit der jetzt akzeptierten Staffelung nicht möglich. Jedenfalls ist es dabei geblieben, daß die Annuität von 12½ Mill. Pfund im Jahre 1930/31 erreicht wird. Es ist ferner dabei geblieben, daß die Stundungen auf die Annuität bis zum Jahre 1930/31 auf spätere Annuitäten daraufgeschlagen werden. Ob hier Nachlässe gewährt worden sind, oder ob die über 12½ Mill. Pfund erhöhten Annuitäten jetzt erst an einem späteren Termin als ursprünglich vorgesehen zu fließen beginnen, ist ebenfalls mangels Unterlagen nicht mit Sicherheit festzustellen. Es ist aber auch nicht sehr wichtig, weil Abreden über das, was im Jahre 1957 geschehen soll, keinen sehr großen faktischen Wert haben können. Auch sind die Aeußerungen sowohl des englischen wie des französischen Finanzministers zum Abkommen mit Vorsicht aufzunehmen, denn beide haben erklärlicherweise die Neigung, die Frankreich gemachten Zugeständnisse aufzublasen, der erstere, um Englands Entgegenkommen zu betonen und die Stellung Caillaux' zu stärken, der letztere, um seinen politischen Erfolg hervorzuheben.